US-POLITIK 17.11.2014 | Harold Meyerson

„Das Stärkste, was die Schwachen haben“?

Die US-Gewerkschaften stecken tief in der Krise. Die Ergebnisse der Midterms helfen da nicht besonders.

Die Ergebnisse der jüngsten Kongress-und Gouverneurswahlen haben die US-amerikanischen Gewerkschaften hart getroffen – allerdings waren sie schon vor diesen Zwischenwahlen schwer angeschlagen.

Schon in den vergangenen Jahren konnten republikanische Gouverneure in früher gewerkschaftsfreundlichen Staaten eine Gesetzgebung erwirken, die es im erbittert gewerkschaftsfeindlichen Süden schon lange gegeben hatte, die sich nun aber auch im einst industriellen (mittlerweile postindustriellen) Mittleren Westen durchsetzt.

Die von den dortigen Republikanern verabschiedeten Gesetze verbieten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Tarifverhandlungen und erlauben es Beschäftigten in gewerkschaftlich organisierten privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Zahlung ihrer Gewerkschaftsbeiträge zu verweigern.

Die Gewerkschaftsbewegung setzte alles daran, diese Gouverneure in der diesjährigen Wahl abzusetzen, doch das gelang ihr in keinem einzigen Bundesstaat. In Washington wird nach der Übernahme der Senatsmehrheit durch die Republikaner aller Voraussicht nach die Arbeitsrechtsbehörde typo3/#_msocom_1National Labor Relations Board lahmgelegt, die die Abstimmungen über eine Gewerkschaftszugehörigkeit in den Betrieben überwacht und Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern regelt.

Staatsskepsis

Die jüngste Niederlage an den Wahlurnen sollte nicht in erster Linie den Gewerkschaften angelastet werden, sondern ist vielmehr dem kraftlosen und themenarmen Wahlkampf geschuldet, den die Demokraten landauf landab führten. Die Regierung Obama kann sich zwar das Wirtschaftswachstum ans Revers heften, doch unter dem erbarmungslos brutalen amerikanischen Kapitalismus ist Wachstum nicht mehr, was es einst war.

Staatliche Steuerstatistiken belegen, dass 95 Prozent des Einkommenszuwachses, der seit dem Beginn der Erholung im Jahr 2010 erreicht wurde, ausschließlich dem reichsten Prozent der Amerikaner zugutekam. Die Verlagerung des Einkommens von Löhnen hin zu Gewinnen, von der Arbeit hin zu Kapital und von den 99 Prozent hin zu dem einen Prozent macht es den Demokraten unmöglich, mit einem in die Breite wirkenden Wohlstand zu werben - das aber war die Visitenkarte, mit der sich die Partei seit Franklin Roosevelt den Wählern der Unter- und Mittelschicht präsentierte.

Staatliche Steuerstatistiken belegen, dass 95 Prozent des Einkommenszuwachses, der seit dem Beginn der Erholung im Jahr 2010 erreicht wurde, ausschließlich dem reichsten Prozent der Amerikaner zugutekam.

Umfragen zufolge ist das Wahlvolk dem Staat gegenüber so skeptisch, dass es auch jede Art staatlicher Konjunkturprogramme ablehnt, für die sich Demokraten und Gewerkschaften traditionell einsetzen, um Vollbeschäftigung anzuvisieren und damit auch die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer zu stärken. In Umfragen schlägt sich aber auch die tiefe Überzeugung nieder, dass die Wirtschaft die Reichen strukturell bevorzugt (dem stimmt sogar die Hälfte der Republikaner zu), was erklärt, warum die Wähler in Arkansas, Nebraska und South Dakota letzte Woche per Volksentscheid der Anhebung des Mindestlohns zustimmten.

Was aber ist mit den Löhnen und Gehältern der Mehrheit der Beschäftigten, die über dem Mindestlohn liegen? Früher handelten die Gewerkschaften noch Lohnerhöhungen aus, doch die Arbeitgeber führten in den letzten vier Jahrzehnten einen erbitterten Kampf gegen die Gewerkschaften. Da es Gewerkschaften und Demokraten nicht gelang, den Schutz der Beschäftigten, die eine Arbeitnehmervertretung in ihrem Betrieb gründen wollten, zu stärken, ist der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf

mittlerweile 6,7 Prozent gesunken. In der Praxis entspricht das Null, da die Betriebe der Belegschaft Lohn, Gehalt und Zulagen kürzen können und dies auch tun, weil sie wissen, dass die Leute nirgendwo anders einen besseren Job finden.

Das ist ein Dilemma, für das die Demokraten noch keine Lösung haben. Dass sie in den jüngsten Wahlen keinerlei Aussagen zur Wirtschaft parat hatten, erklärt die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1942. Der Rückgang reichte bis in die klassische Wählerschaft der Demokraten hinein - Minderheiten und junge Wähler -, für die sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessert hat.

Neuorganisation

Doch nach Jahrzehnten des kontinuierlichen Niedergangs wenden sich die Gewerkschaften nun endlich neuen Organisationsformen zu - das ist die gute Nachricht. Die wichtigste US-Gewerkschaftskampagne seit Jahrzehnten ist die der Beschäftigten in Fast-Food-Ketten wie McDonald's, die von der Dienstleistungsgewerkschaft typo3/#_msocom_3Service Employees International Union (SEIU) finanziert und durchgeführt wird.

Dass diese Kampagne der SEIU neue Mitglieder einbringen wird - dann müsste McDonald's mit der Gewerkschaft einen Vertrag schließen -, ist zwar eher unwahrscheinlich, doch hat sie immerhin mehrere Bundesstaaten und Kommunen dazu veranlasst, ihren Mindestlohn anzuheben. In mehreren Fällen (San Francisco und Seattle) sogar auf die von den Arbeitnehmern geforderten 15 Dollar.

Nach Jahrzehnten des kontinuierlichen Niedergangs wenden sich die Gewerkschaften nun endlich neuen Organisationsformen zu - das ist die gute Nachricht.

Da sich US-amerikanische Unternehmen zunehmend vom Paradigma Arbeitgeber - Arbeitnehmer verabschieden, haben sich die Gewerkschaften angepasst und organisieren nun Arbeitnehmer, die keinen gemeinsamen Arbeitgeber haben oder als „selbstständige Unternehmer" gelten. Organisationen der Taxifahrer und Hausangestellten beispielsweise haben Regelungen erwirkt, die ihnen mehr Rechte bei der Preis- und Gebührengestaltung und den Arbeitszeiten einräumen.

Insgesamt organisieren sich immer mehr Arbeitnehmer, damit die

Gewerkschaften sie in Verhandlungen mit dem Staat vertreten und ihnen mehr Rechte verschaffen. Allerdings können die Gewerkschaften kaum noch darauf hoffen, dass sie diese Arbeitnehmer zu einem Beitritt bewegen oder einen Tarifvertrag mit einem Unternehmen abschließen und somit Beiträge einziehen können.

Konfrontiert mit ihrem möglichen Untergang bauen somit viele der progressiveren und strategisch versierteren Gewerkschaften mittlerweile neue Arbeitnehmerorganisationen auf, die allerdings in der näheren Zukunft finanziell nicht tragfähig sein werden. Die US-amerikanischen Gewerkschaften begeben sich damit auf eine anstrengende Reise mit unsicherem Ausgang, die aber unumgänglich ist.



Harold Meyerson
Washington, D.C.

Harold Meyerson ist Editor-at-Large beim liberalen Magazin *The American Prospect* und Kolumnist bei der *Washington Post*.

1 LESERBRIEFE

erikamicron schrieb am 17.01.2016

es ist paradox, dass dieselben leute, welche den niedergang der gewerkschaften beklagen gleichzeitig der globalisierung das wort reden. die globalisierung hat den firmen die moglichkeit gegeben ‚ins ausland

auszuweichen ,um den gewerkschaften zu entfliehen und konkurrenzfahig zu bleiben. wenn hohe lohne gefordert werden, ist die typische reaktion der firma automatisierung und offshore produktion. beides fuhrt zu einer verringerung der beschaftigungszahlen. dort wo gewerkschaften in der lage sind , entlassungen zu verhindern, geht die firma pleite. die arbeitnehmer der USA haben langst diesen zusammenhang begriffen. ihnen ist der job in der regel wichtiger als eine fragliche lohnerhohung, insbesondere wenn sie mit den arbeitsbedingungen ohnehin zufrieden sind. eine ausnahme sind die mexikanischen fremdarbeiter, die amerikanische arbeiter verdrangt haben , weil sie billiger sind. sollten sie aber auf dasselbe lohnniveau gesetzt werden wie die amerikanischen arbeiter , mussen einige von ihnen damit rechnen, ihren job an amerikaner zu verlieren,etwas was sie sich vielleicht nicht klar machen.